

Proteste in Venezuela und die Krise des Chavismus

Mijares, Víctor M.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mijares, V. M. (2014). *Proteste in Venezuela und die Krise des Chavismus*. (GIGA Focus Lateinamerika, 2). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Lateinamerika-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-382238>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Proteste in Venezuela und die Krise des Chavismus

Víctor M. Mijares

Seit Wochen demonstrieren in Venezuela Gegner der Regierung von Nicolás Maduro gegen Gewaltkriminalität, Inflation und die Einschränkung bürgerlicher Grundrechte. Die Regierung antwortet mit Repression und lässt einen führenden Oppositionspolitiker verhaften. Venezuela steht vor einem neuen Zyklus der Instabilität.

Analyse

Das während der Präsidentschaft von Hugo Chávez (1999-2013) etablierte sozioökonomische Modell stößt schon im ersten Amtsjahr seines Nachfolgers Nicolás Maduro an seine Grenzen: Venezuela hat weltweit eine der höchsten Inflationsraten, Güter des täglichen Bedarfs werden knapp und die Kriminalität steigt alarmierend. Der „Chavismus ohne Chávez“ befindet sich in einer schweren Krise. Zwar ist die Opposition fragmentiert, doch die Zweifel an der Führungsstärke Maduros nehmen zu. Der Ausgang der Krise ist offen.

- Hugo Chávez' Tod hinterließ ein Vakuum in der politischen Führung Venezuelas. Das auf seine charismatische Persönlichkeit zugeschnittene Modell droht zu zerbrechen.
- Die Wirtschaft des Landes ist mehr denn je von den – allerdings rückläufigen – Erdöleinnahmen abhängig. Neben der hohen Inflation führt dies zur Verknappung von Gütern des täglichen Bedarfs.
- Der Umfang krimineller und politischer Gewalt, die Verbreitung illegaler Waffen und die Ineffizienz der Justiz offenbaren zudem die Unfähigkeit des venezolanischen Staates, Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten.
- Weder die Anhänger des Chavismus noch die Opposition stellen einen einheitlichen Block dar, sondern bestehen aus unterschiedlichen Gruppen und Strömungen.
- Venezuela droht eine langwierige Krise der Regierbarkeit, wenn es der Regierung nicht gelingt, die unterschiedlichen politischen Interessen auszubalancieren.

Schlagwörter: Venezuela, Regierung, innenpolitischer Konflikt

Der Frieden des Hugo Chávez

Der im März 2013 verstorbene Präsident Hugo Chávez hatte ein politisches und sozioökonomisches System etabliert, das er als „Bolivarische Revolution“ bezeichnete und in dessen Mittelpunkt er selbst stand. Dieses personalistische Regime ging mit der Ausweitung der Machtbefugnisse des Präsidenten und der Schwächung staatlicher Institutionen einher.

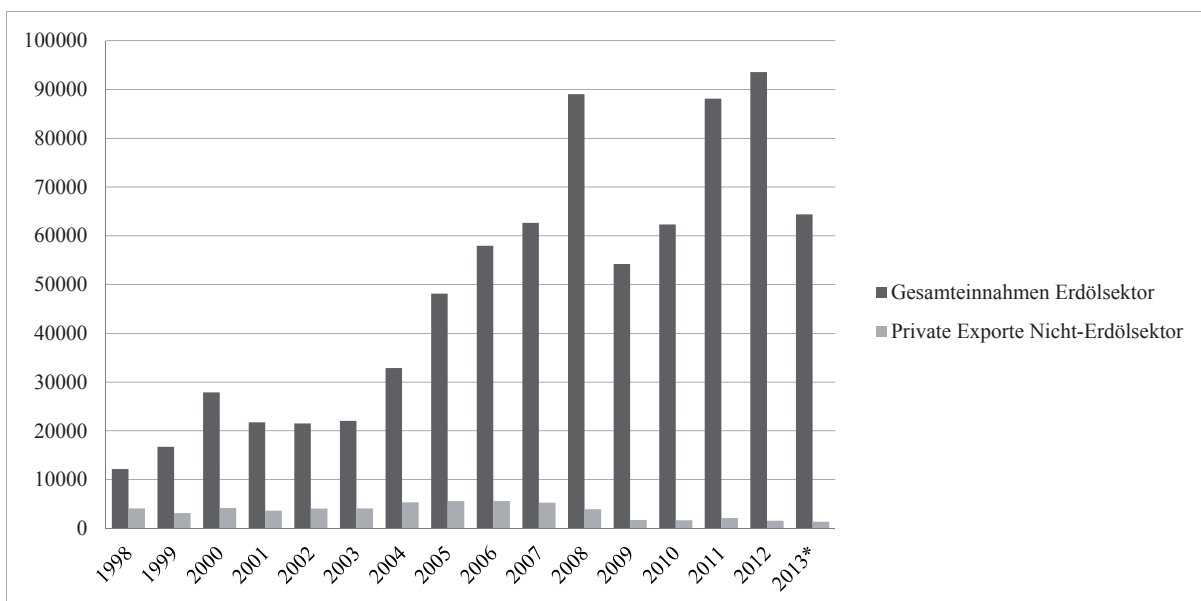
Chávez' zentrales Dilemma bestand darin, eine grundlegende gesellschaftliche Transformation mit den Regeln einer liberalen und auf Wahlen basierenden Demokratie in Einklang zu bringen. Er löste diese Spannung durch die Einführung „totalitärer“ Elemente (Martínez Meucci 2011) im politischen System, beispielsweise bei der Entscheidung auch zentraler politischer Streitfragen mit einer nur einfachen Mehrheit im Parlament. Die Verbindung von charismatischer Herrschaft und Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums zugunsten ärmerer Bevölkerungsschichten schuf die Basis für Chávez' „Messianismus“. Dadurch konnte er bei Wahlen große Mehrheiten erringen, was ihm Legitimität verschaffte und eine Rücksichtnahme auf die Opposition unnötig machte.

Im August 2004 misslang der Versuch der Opposition, Chávez mit einem Referendum abzusetzen. In der Folgezeit konnte Chávez seine Kontrolle über den Staatsapparat weiter festigen und den Einfluss der Opposition verringern. Allerdings ge-

wann Chávez nicht alle Urnengänge: Im Dezember 2007 scheiterte sein Versuch, die Verfassung abermals zu ändern und bei den Parlamentswahlen im September 2010 verlor das chavistische Lager die absolute Mehrheit der Stimmen, nicht aber der Mandate. Bereits im Juli 2009 schaffte der von Chávez dominierte Oberste Wahlrat das Verhältniswahlrecht ab und veränderte den Zuschnitt von Wahlkreisen. Dadurch werden die Mandate nicht proportional zum Stimmenanteil vergeben und die ländlichen Wahlkreise bevorzugt. Die hierdurch entstandene sogenannte *Pax Chavista* lässt sich als hegemoniales Projekt charakterisieren, bei dem es zwar einen Wettbewerb zwischen politischen Parteien gab, die Regierungspartei aber strukturell deutlich im Vorteil war.

Die politische Zentralisierung wurde allerdings erst durch die Verfassung von 1999 und der dort festgeschriebenen zentralen Rolle des Präsidenten ermöglicht. Abgeordnete der Regierungspartei im Parlament, die Richter des Obersten Gerichtshofs, die Vertreter der Wahlbehörde und des Rechnungshofs, die Militärspitze sowie die Chefetagen staatlicher Firmen waren dem charismatischen Präsidenten loyal verbunden. Das Präsidentenamt entwickelte sich so zum Dreh- und Angelpunkt sämtlicher Interaktionen zwischen den verschiedenen Säulen des Staates. Dies wiederum ermöglichte Chávez, Ressourcen und Wählerstimmen für seine Politik zu mobilisieren. Eines der größten Probleme dieser Phase bestand in der wachsenden

Grafik 1: Venezuela, Exporteinnahmen aus dem Erdölsektor und dem privaten Export im Nicht-Erdölsektor (in Mrd. USD von 2002)



Quelle: BCV 2014. *Die Zahlen für das Jahr 2013 beziehen sich nur auf die drei ersten Quartale.

Korruption und der sinkenden Qualifikation des Personals in Verwaltung und Streitkräften.

Die Konzentration der politischen Macht in der Person des Präsidenten wäre ohne die wachsenden Öleinnahmen des Staates nicht möglich gewesen. Zwar hatte bereits Präsident Carlos Andrés Pérez die Erdölförderung in seiner ersten Amtszeit (1974-1979) verstaatlicht, in der Amtszeit von Chávez und während der *Pax Chavista* stieg die Bedeutung des Öls für die staatlichen Einnahmen aber noch deutlich. Gleichzeitig stagnierte die Bedeutung privater, nicht erdölbezogener Exporte oder ging sogar zurück (siehe Grafik 1).

Die Schwankungen der Öleinnahmen spiegeln sowohl internationale Entwicklungen als auch innenpolitische Probleme; die geringeren Einnahmen im Jahr 2003 waren beispielsweise eine Folge der politischen Instabilität, die in den Jahren von 2003 bis 2004 in dem von der Opposition einberufenen Referendum zur Absetzung von Chávez gipfelte. Die Intervention der USA im Irak sowie die steigende Nachfrage regionaler Mächte, vor allem Chinas, trieb den Ölpreis dagegen international nach oben.

Ein problematisches Erbe

Die Kehrseite des personalistischen Führungsstils Hugo Chávez' bestand in der Schwächung staatlicher Institutionen, vor allem durch die Patronage im Verwaltungsapparat und die Zunahme von Korruption. Gleichzeitig bildeten sich insbesondere in Schlüsselsektoren des Staates wie dem Militär, der Ölindustrie und Sicherheitsdiensten neue Einflussgruppen heraus. Die Folge waren permanente Aushandlungsprozesse zwischen diesen verschiedenen Gruppen, von deren Ergebnis die Umsetzung der Politik abhing.

Die Zunahme der Gewalt in Venezuela zeigt diese Probleme. Chávez formulierte eine „Doktrin der Volksverteidigung“ und rüstete parastaatliche Milizen auf, um externe Feinde (wie die USA) und interne Bedrohungen (wie die politische Opposition) abzuwehren. Die Lockerung der Kontrolle des Waffenhandels und die wachsende Verbreitung von Waffen führte zum Anstieg von Kriminalität und Gewalt. Venezuela zählt heute zu den unsichersten Staaten der Welt. Je nachdem, ob man offizielle oder inoffizielle Quellen zugrunde legt, liegt die Mordrate je 100.000 Einwohner bei 39 oder 70 Toten (siehe Grafik 2). Bereits bei einer Mordrate

von 10 je 100.000 Einwohner spricht die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) von einer Pandemie. Die Politisierung der Justiz verstärkt die Unsicherheit, da 90 Prozent der registrierten Fälle straflos bleiben.

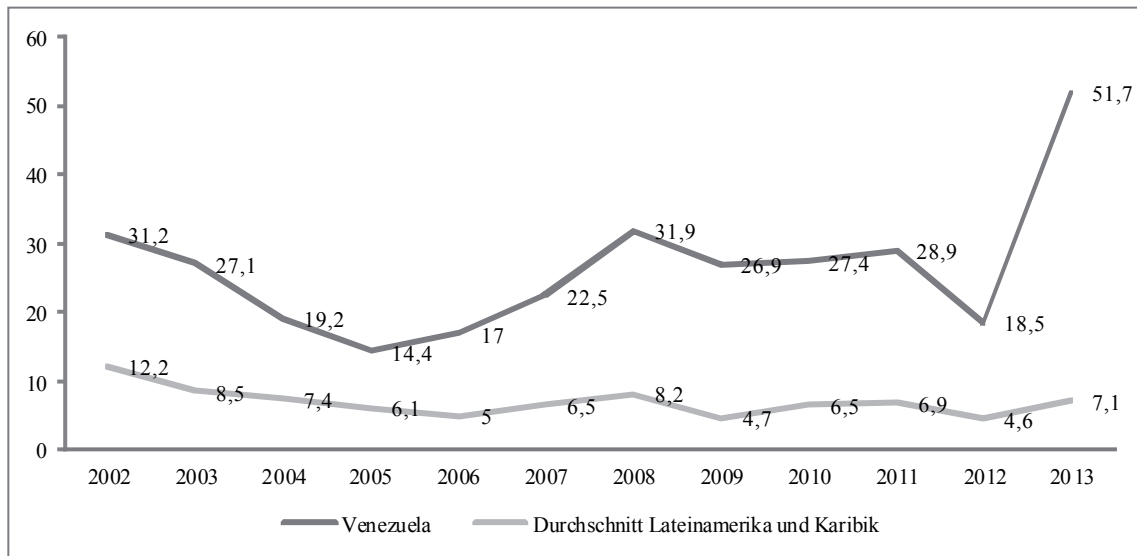
Grafik 2: Mordrate in Venezuela (offiziell und inoffiziell), 1998-2013



Quellen: ODH Grupo Consultor 2014; UNODC 2013.

Während der Präsidentschaft von Chávez flossen die Erdöleinnahmen des Staates überwiegend in Förderprogramme zugunsten der ärmeren Bevölkerung. Dies verstärkte den Eindruck staatlicher Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, erhöhte aber auch die Abhängigkeit dieser Gruppen vom Staat. Obwohl die Kontrolle des Erdölsektors dem venezolanischen Staat einen beachtlichen Handlungsspielraum gegenüber internationalen Finanzinstitutionen und dem nationalen Privatsektor verschaffte, waren die Folgen für die Wirtschaft denen in den politischen Institutionen vergleichbar. Auch in der Wirtschaft nahm die Korruption zu; deren öffentliche Wahrnehmung konnte allerdings durch Chávez' Kontrolle der Medien und seine parteipolitische Einflussnahme auf die Justiz abgemildert werden. Devisen im geschätzten Wert von 20 Mrd. USD flossen in Phantomfirmen, Gelder aus einem chinesischen Fonds (2014 etwa 5 Mrd. USD) wurden veruntreut, die internationalen Reserven sanken allein im Jahr 2013 um ein Viertel. Gleichzeitig stieg die Geldmenge um 40 Prozent. Das Ergebnis war die höchste Inflationsrate in Lateinamerika (siehe Grafik 3). Zwar versuchte die Regierung, die Inflation durch Preiskontrollen zu bekämpfen, verschärfte damit aber die Güterknappheit.

Grafik 3: Inflationsrate in Lateinamerika und der Karibik und in Venezuela, 2002-2013



Quelle: CEPAL 2013.

Bei seinem Amtsantritt im April 2013 übernahm Nicolas Maduro also einen fragmentierten und korrupten Staatsapparat – und er verfügt nicht über das Charisma und die Führungsqualitäten seines Vorgängers Hugo Chávez. Dieses politische und wirtschaftliche Erbe der Regierung Hugo Chávez bildet den Hintergrund für die Proteste im Februar und März 2014.

Die Einschätzung der aktuellen Entwicklung und der Perspektiven des Konflikts wird dadurch erschwert, dass sowohl die Anhänger der Regierung als auch die Angehörigen der Opposition keinen homogenen Block darstellen, sondern in komplexe Beziehungsgeflechte mit verschiedenen Untergruppen eingebunden sind.

Das Regierungslager

Aufseiten der Regierung spielen nationale, lokale und internationale Akteure eine wichtige Rolle. Die Anhänger des Chavismus teilen sich in ganz unterschiedliche, vielfach auch gegensätzliche Identitätsgruppen auf: Es gibt Personen mit einem zivilgesellschaftlichen oder militärischen Hintergrund, Parteifunktionäre oder Funktionäre parastaatlicher Organisationen, Personen mit stark ideologischer oder eher pragmatischer politischer Ausrichtung.

Das breite Spektrum an Orientierungen und sozialen Einbindungen wurde vor allem nach dem Tod von Chávez offensichtlich. So wird der aus zivilgesellschaftlichen Strukturen kommende Präsident Nicolas Maduro vielfach als pragmatischer

Funktionär angesehen. Parlamentspräsident Diosdado Cabello gilt als ebenfalls pragmatischer Parteifunktionär, hat aber als ehemaliger Angehöriger des Militärs stärkeren Einfluss auf die Streitkräfte, weil die gegenwärtige militärische Führung aus ehemaligen Kameraden seines Ausbildungsjahrgangs an der Militärakademie besteht. Cabello werden zudem gute Verbindungen zum sogenannten „Boli-Bürgertum“ nachgesagt, das heißt zu den Unternehmern, die vom chavistischen Wirtschaftsmodell profitieren. Ein weiterer zentraler Akteur ist Energieminister Rafael Ramírez, ein ebenfalls pragmatischer ziviler Funktionär, der seit mehr als einer Dekade an der Spitze des staatlichen Ölkonzerns steht und dadurch indirekt einen erheblichen Einfluss auf die Staatsfinanzen ausübt. Er gilt als der einzige Minister im Kabinett, dessen Absetzung unmöglich ist. Der derzeitige Außenminister Elias Jaua hingegen ist ein ideologisch ausgerichteter ziviler Funktionär, der dem sozialistischen Flügel der Regierungspartei PSUV (Partido Socialista Unido de Venezuela, Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas) nahesteht. Seine Macht beruht auf dieser politischen Verbindung sowie seiner Loyalität zu Maduro.

Seit der Amtsübernahme von Chávez verfügt die kubanische Regierung über maßgeblichen ideologischen und politischen Einfluss in Venezuela. Die kubanische Führung vermittelte ihren venezolanischen Verbündeten das Know-how zur Etablierung der Hegemonie des Staates. Im Gegenzug kommt aus Venezuela materielle Unterstützung, die zur Stabilisierung des dortigen Regimes

beiträgt. Präsident Maduro unterhält seit Jahren enge Beziehungen mit Kuba, weil er dort an Schulungen teilgenommen hat.

Weitere Führungspersonen – wie auch Chávez selbst – haben ihre Wurzeln im Militär. Chávez bezeichnete die Streitkräfte als „Wiege der Bolivarischen Revolution“. In Venezuelas Geschichte spielte das Militär über lange Zeit eine zentrale Rolle und erst in der liberal-demokratischen Periode (1958-1998) ging sein Einfluss zurück. Chávez' Politik zielte auf eine Entprofessionalisierung des Militärs, nicht nur, um die Truppen zu politisieren, sondern auch, um seinen Einfluss auf die militärische Führungsspitze zu sichern. Da die Streitkräfte unter Chávez eng an das Netzwerk von Präsident, Partei und Regierung gebunden wurden, kann sich Maduro heute nur auf eine institutionell und operativ geschwächte Armee stützen. Die Mitglieder der militärischen Führung üben inzwischen vor allem die Funktion von Politikkommissaren aus und verfügen jenseits der Regierungspartei PSUV über geringen Handlungsspielraum. Den militärischen Arm der Regierung bildet die Bolivarische Nationalgarde (Guardia Nacional Bolivariana), die sich in jüngster Zeit an repressiven Maßnahmen beteiligte. Indem die Nationalgarde zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eingesetzt wird, bleibt das Militär selbst von den negativen Auswirkungen für das Image verschont, die mit der Repression verbunden sind.

Auch sogenannte Kollektive spielen aufseiten der Regierung eine wichtige Rolle. Dabei handelt es sich um parapolizeiliche Gruppen, die informell mit der Regierungspartei verbunden und in politische Gewalt und Waffenschmuggel verwickelt sind. Die schwankende ideologische Ausrichtung dieser Gruppen, die einen parastaatlichen Charakter haben und deren Mitglieder meist aus der Zivilgesellschaft stammen, erschwert ihre eindeutige Zuordnung. Ihre Existenz hängt zum einen damit zusammen, dass Vergehen in Venezuela vielfach straflos bleiben, zum anderen dienen diese Gruppen der Regierung in bestimmten Situationen auch als „bewaffneter Arm“, ohne dass sie selbst für vergangene Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden kann. Die Kollektive arbeiten in dynamischen hierarchischen Strukturen und sind imstande, ganze Stadtteile zu kontrollieren. Ihre Verbindungen zu Führungspersonen der chavistischen Bewegung bleiben meist im Verborgenen, was Aussagen über ihre Loyalitäten erschwert. Zweifelsohne sind sie jedoch die gewalt-

bereiteste und durchsichtigste Säule innerhalb der chavistischen Bewegung.

Zu den bürgerlichen Kräften um die Regierung und zum sogenannten Boli-Bürgertum gehören Unternehmer wie Bankiers und einige Medienunternehmer, die sich unter dem chavistischen Regime bereichern konnten. Ihre Haltung zum Regime ist pragmatischer Natur, wobei es allerdings nur unzureichende Informationen über die Qualität ihrer Beziehungen zur Regierung gibt. Sie stehen nur selten im Vordergrund der aktuellen Konflikte. Gleichwohl kann man davon ausgehen, dass sie vor allem ihre eigenen Interessen verfolgen und ihre Unterstützung für Regierung oder Opposition entsprechend begründet ist.

Die Opposition

In der Opposition zeichnen sich gegenwärtig drei Strömungen ab, die sich vor allem in ihrer Haltung gegenüber den geltenden Spielregeln des politischen Systems unterscheiden. Selten zuvor in der jüngeren venezolanischen Geschichte gab es innerhalb der Opposition eine so geringe Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Die unterschiedlichen Strategien der drei Strömungen lassen sich sinnbildlich mit denen zweier klassischer Strategiespiele vergleichen: Go und Schach. Während beim Go eine direkte Konfrontation mit dem Gegner vermieden wird und die Erfolg versprechende Strategie die Besetzung von Raum ist, stehen beim Schach die direkte Konfrontation und das „Schlagen“ gegnerischer Figuren im Vordergrund.

Zwischen der Führung des Oppositionsbündnisses MUD (Mesa de la Unidad Democrática, Tisch der Demokratischen Einheit) und der Regierung besteht in einer Hinsicht Konsens, und das ist ein ganz zentraler Punkt: Das MUD akzeptiert die Rolle der loyalen Opposition – angeführt vom ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Henrique Capriles sowie von Ramón Guillermo Avelledo, dem Generalsekretär des Bündnisses, und Henri Falcón, einem ehemaligen Chávez-Anhänger (derzeit Gouverneur des Bundesstaates Lara und potenzieller Präsidentschaftskandidat). Diese Führungspersönlichkeiten sind bereit, auf dem institutionell vorgegebenen Weg, das heißt über demokratische Wahlen, um die Macht zu ringen. Vor allem Henrique Capriles setzt auf Widerstand innerhalb der Regeln des Regimes und sucht die Annäherung an chavistische Basisgruppen.

Eine weniger loyale Oppositionsgruppe hat sich um Leopoldo López und María Corina Machado gebildet. López wird Anstiftung zur Gewalt vorgeworfen und er ist derzeit inhaftiert. Diese Gruppe verfolgt die Strategie der Straße und sucht zumindest teilweise auch nach Lösungen jenseits des geltenden Systems. Ihr Vorgehen versteht sie vor allem als Rebellion gegen die Willkür der Regierung. Die Suche nach einer Balance zwischen politischer Repräsentation auf der einen und Widerstandsakten auf der anderen Seite führte allerdings zu einem angespannten Verhältnis zu den Vertretern der loyaleren Opposition und heizte die Rivalität zwischen diesen beiden oppositionellen Lagern an.

Eine dritte Strömung sucht die offene Konfrontation mit dem Regime. Durch vehemente Straßenproteste soll Druck erzeugt, das Land zunehmend unregierbar gemacht und der Präsident zum Rücktritt gezwungen werden. Diese illoyalen Oppositionsgruppen stehen für eine Strategie der Raumgewinnung und Lösungen außerhalb des geltenden Regimes. Da diese Gruppen weder über die „Macht der Waffen“ verfügen noch auf einen baldigen Wahlsieg hoffen können, machen sie sich vorerst nur in einzelnen Aktionen bemerkbar. Allerdings fehlen ihnen politische Organisationsstrukturen sowie Repräsentanten, die ihre Ziele öffentlich wirksam artikulieren könnten.

Die Interessen der Studierenden, die während der Proteste seit Anfang des Jahres 2014 besonders aktiv waren, sind noch schwerer einzuordnen als die der anderen oppositionellen Akteure. Nicht alle, die sich an studentischen Protestaktionen beteiligen, sind auch wirklich Universitätsangehörige, und umgekehrt wäre es genauso falsch zu behaupten, dass alle Studierenden der Regierung gegenüber feindlich gesonnen sind. Vielmehr finden wir hier ein breites Spektrum an Beweggründen für die Beteiligung an Protesten. Zahlreiche junge Menschen haben existenzielle Probleme und sorgen sich um ihre eigene Zukunft und die ihrer Familien. Radikalere Strömungen unter den Studierenden lehnen die Strategie des langen Atems des MUD ab, verfügen zugleich aber nur über rudimentäre Organisationsstrukturen. Nach früheren Protestwellen konnten politische Parteien vielfach politisierte Studierende kooptieren und einige ihrer früheren Anführer sind heute Teil des regierungstreuen wie auch des oppositionellen Establishments. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass

sich dieses Muster auch nach der aktuellen Protestwelle wiederholt.

Eskalation der Gewalt oder permanente Krise?

Nach dem Tod von Hugo Chávez erwiesen sich die Grundpfeiler seines Regimes als brüchig. Venezuela ist in einen neuen Zyklus sozialer Konflikte eingetreten. Allerdings sind im Vergleich zu Lebzeiten Chávez' jetzt nicht nur deutlich mehr Akteure an Auseinandersetzungen beteiligt, sondern diese haben auch widerstreitende Interessen. Aufgrund seiner charismatischen Persönlichkeit konnte Chávez Akteure mit unterschiedlichen Interessen einbinden und die Rolle der parastaatlichen Institutionen wurde nicht infrage gestellt. Im neuen Regime, dessen Konturen sich gerade erst abzeichnen, lassen sich die Kräfteverhältnisse nur schwer anhand von Kategorien wie Regierungsnähe oder Zugehörigkeit zur Opposition analysieren. Vielfältige Spannungen und Strömungen, die zuvor verdeckt blieben, treten jetzt an die Oberfläche. Wurde der gesellschaftliche Konflikt in Venezuela bislang als zweidimensional wahrgenommen – die Nation stand ihren externen Feinden gegenüber –, ist die Lage jetzt deutlich komplexer: Heute muss die Regierung Spannungen mit Akteuren außerhalb und innerhalb Venezuelas bewältigen, darunter mit Studierenden oder sogenannten Kollektiven, gewaltbereiten Gruppen, deren Ideologien und Ziele unklar sind.

Der aktuelle Konflikt in Venezuela ist vielschichtig und von asymmetrischen Beziehungsgeflechten gekennzeichnet; seine weiteren Perspektiven sind offen. Den Rivalitäten innerhalb der Opposition können die Chavisten mit stärkerer Kohäsion begegnen und auf eine Erneuerung der *Pax Chavista* setzen. Sie verfügen nach wie vor über die beträchtlichen finanziellen und organisatorischen Mittel, um ihre Position zu sichern. Das geltende Wahlrecht bevorzugt sie und sie teilen zumindest sehr allgemeine Zielsetzungen. Andererseits kann die Fragmentierung innerhalb der Opposition auch dazu führen, dass der Drang zur Kooperation in der chavistischen Bewegung sinkt und Rivalitäten stärker aufbrechen. Die Tatsache, dass Maduro über weniger Unterstützer im Regierungslager verfügt als seinerzeit Chávez, verstärkt diese Gefahr.

Die illoyale Opposition könnte diese Risse innerhalb des chavistischen Lagers für ihre eigenen

Aktionen ausnutzen. Wie sich die Rivalität zwischen den Lagern der loyalen und der nur bedingt loyalen Opposition entfaltet, hängt dagegen im Wesentlichen davon ab, welche Personen sich welche Wahloptionen offenhalten möchten. Und schließlich werden sowohl die Streitkräfte als auch die mit dem öffentlichen Sektor verbundenen Unternehmer weiterhin bestrebt sein, ihren Einfluss zu wahren und auf diskrete Weise Druck auf die Regierung auszuüben.

Die politischen Perspektiven Venezuelas sind folglich diffus. Noch schwieriger wird die Prognose, wenn man die abzusehende weitere Verringerung der Erdöleinnahmen einbezieht. Die wirtschaftlichen Probleme verschärfen die sozialen Konflikte noch, die ohnehin mit der staatlichen Umverteilung verbunden sind. Die Kombination aus hoher Inflationsrate und zunehmender Verknappung von Konsumgütern führt bereits jetzt zu einer erhöhten Abhängigkeit von Preiskontrollen. Für eventuell notwendige Strukturanpassungsprogramme wird ein hoher politischer Preis zu zahlen sein. Unter diesen Bedingungen ist der Anreiz für die Anhänger des Chavismus hoch, innere Geschlossenheit zu bewahren. Daher erscheint ein radikaler und gewaltsamer Regimewechsel derzeit eher unwahrscheinlich. Eher führt die Krise zu einer neuen, zeitlich begrenzten Machtbalance zwischen verschiedenen chavistischen Akteuren, die aber bei anhaltendem öffentlichem Druck und aufgrund der unbefriedigenden wirtschaftlichen Lage ständig neu austariert werden muss. Statt eines abrupten Zerfalls des Chavismus ist eher eine zunehmende Regierungsunfähigkeit und Fragmentierung der Bewegung zu erwarten. Eine unmittelbare Regimetransition in Venezuela ist derzeit nicht in Sicht. In diesem Kontext ist das Erstarken bewaffneter Gruppen und krimineller Banden – ob mit oder ohne politische Zielsetzung – nicht auszuschließen; daher ist insgesamt eher von einem Anstieg der Gewalt auszugehen. Die lateinamerikanischen Nachbarn und die Regionalorganisationen sehen dieser Krise derzeit zu und haben noch keine Antworten entwickelt, die zu einer friedlichen Konfliktbearbeitung beitragen könnten.

Literatur

- Banco Central de Venezuela (BCV) (2014), *Información Estadística*, online: <www.bcv.org.ve/c2/indicadores.asp> (21. Februar 2014).
- Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL) (2013), *Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe*, online: <www.eclac.cl/cgi-bin/getProd.asp?xml=/publicaciones/xml/6/51946/P51946.xml&xsl=/publicaciones/ficha.xsl&base=/publicaciones/top_publicaciones.xsl#> (21. Februar 2014).
- Martínez Meucci, Miguel Ángel (2011), El concepto de democracia totalitaria en Talmon y su pertinencia en nuestros tiempos, in: *Politeia*, 34, 47, 113–139.
- ODH Grupo Consultor (2014), *Análisis Venezuela*, online: <http://odhgrupoconsultor.com/?page_id=169> (1. März 2014).
- United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) (2013), *Homicide Statistics 2013*, online: <https://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/statistics/crime/Homicide_statistics2013.xls> (1. März 2014).

■ Der Autor

Víctor M. Mijares ist Assistenzprofessor für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Universidad Simón Bolívar und promoviert an der Universidad Central de Venezuela, beide Caracas. Zurzeit ist er als DAAD-Stipendiat Gastforscher am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien.

E-Mail: <victor.mijares@giga-hamburg.de>, Webseite: <<http://usb.academia.edu/vmijares>>

Der Autor bedankt sich bei Anna Barrera für die Übersetzung aus dem Spanischen.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden politische Transformationsprozesse, die Bedeutung von Wahlen sowie das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend analysiert. Gewalt in politischen Transformationsprozessen wird im Forschungsteam 5 des GIGA Forschungsschwerpunkts 2 „Gewalt und Sicherheit“ analysiert.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Kurtenbach, Sabine (2013), *Transformationsprozesse, öffentliche Sicherheit und Militär*, GIGA Focus Global, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Kurtenbach, Sabine und Christoph Heuser (2013), *Kriminalität und Gewalt untergraben Lateinamerikas Demokratien*, GIGA Focus Lateinamerika, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Mähler, Annegret (2011), *Oil in Venezuela: Triggering Conflicts or Ensuring Stability? A Historical Comparative Analysis*, in: *Politics & Policy*, 39, 4, 583–611.

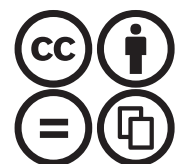
Soliz Landivar, Ana und Sören Scholvin (2013), *Die „Bolivarische Revolution“ nach Hugo Chávez*, GIGA Focus Lateinamerika, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Wehner, Leslie und Richard Georgi (2012), *Hugo Chávez vor der Wiederwahl?*, GIGA Focus Lateinamerika, 9, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Weiffen, Britta, Leslie Wehner und Detef Nolte (2013), *Overlapping Regional Security Institutions in South America: The Case of OAS and UNASUR*, in: *International Area Studies Review*, 16, 4, 370–389.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere die korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Sabine Kurtenbach; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes und Stephan Rosiny; Lektorat: Kerstin Labusga; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM